



Münchener Europa Konferenz – München, 15. Februar 2018

„Neue Ideen für Europa“

Rede von François Villeroy de Galhau,

Gouverneur der Banque de France

Pressekontakt: Clémence Choutet (+33 1 42 97 74 51; clemence.choutet@banque-france.fr).

Herr Ministerpräsident,

Sehr geehrte Herren Minister,

Frau Staatsministerin,

Herr Dr. Theo Waigel,

Meine Damen und Herren,

Es ist mir eine Ehre, mich heute Abend nach meinem Landsmann aus dem Saarland, Bundesminister Peter Altmaier, an Sie wenden zu dürfen. Ich bin zwar hundertprozentiger Franzose, doch ist meine Familie seit 200 Jahren in Deutschland verwurzelt. Ich muss Ihnen sogar gestehen, dass Herr Dr. Altmaier Abgeordneter meines Wahlkreises Saarlouis ist. Heute Abend in München wollen wir aber Bayern unsere Ehre erweisen. Ein herzliches Dankeschön an Herrn Dr. Theo Waigel für die Einladung. Sie haben einen wesentlichen Beitrag zur Schaffung unserer europäischen Währung geleistet. Ich erlaube mir, Ihre Worte vor dem Bundestag im April 1998, kurz bevor die dritte Umsetzungsphase unserer Wirtschafts- und Währungsunion begann, zu zitieren: „Nach zwei verheerenden und schmerzhaften Weltkriegen eröffnet das Projekt Europa unseren Kindern und Enkeln Chancen, von denen unsere Väter und Mütter, unsere Vorfahren nicht zu träumen gewagt hätten.“⁴¹ Zwanzig Jahre später können wir sagen, dass die Währungsunion ein Erfolg ist. 74 Prozent der Einwohner des Euroraums unterstützen den Euro. In Deutschland sind es sogar 81 Prozent. Die Wirtschaftsunion ist allerdings noch unterentwickelt. Das ist aus zwei Gründen problematisch. Erstens, weil der aktuelle Konjunkturzyklus eines Tages enden wird, selbst wenn er heute noch sehr robust wirkt. Wenn wir uns jedoch bis zum nächsten Abschwung nicht mit wirksameren wirtschaftspolitischen Instrumenten ausrüsten, könnte die Geldpolitik überfordert werden. Als Zentralbanker teile ich völlig die Sorgen Deutschlands in dieser Hinsicht. Aber ich sage unseren deutschen Freunden, dass sie genau aus diesem Grund eine stärkere Wirtschaftsunion anstreben sollten. Zweitens, weil das Fehlen einer wahren Wirtschaftsunion den Euroraum bremst. Dabei müssen wir unseren Wachstumsrückstand aufholen, insbesondere gegenüber den USA. Zudem gilt es, den technologischen Wandel zu meistern. Das Thema heute Abend lautet „Neue Ideen für Europa“. Um jedoch neue Ideen zu schöpfen, müssen wir erst mit den alten Klischees aufräumen, die unsere Debatte lähmen. Damit befasse ich mich im ersten Teil, dann stelle ich Ihnen meine drei neuen Ideen für Europa vor.

**

1. Drei Klischees, mit denen wir aufräumen müssen

In das erste Klischee verfallen einige, wenn sie von der Reform des Euroraums sprechen und davon ausgehen, **dass die Wirtschaftsunion die nationalen Reformen ersetzen könnte**. Nationale Reformen sind jedoch die Voraussetzung für eine starke Wirtschaftsunion. Frankreich hat das nun vollumfänglich verstanden. Die neue französische Regierung nimmt den Reformkurs sehr ernst und geht mit beeindruckendem Tempo vor. Ich stelle das als völlig unabhängiger Zentralbanker fest. Frankreich ist heute ein zuverlässiger Wirtschaftspartner für Europa und Deutschland.

Das zweite Klischee würde darin bestehen, die Debatte auf die überkommene Gegenüberstellung „**deutsche Regeln**“ und „**französische Ausgaben**“ zu beschränken. Meines Erachtens dürfen wir weder eine „Transferunion“ einführen, die nur einigen Ländern zugutekommt, noch Eurobonds, die eine Vergemeinschaftung der Schulden zur Folge haben. Darf ich daran erinnern, dass Frankreich ebenfalls als Nettozahler zum europäischen Haushalt bzw. zur Finanzierung Griechenlands beiträgt? Ich bin aber davon überzeugt, dass die Risikoteilung (*risk sharing*) zwischen den einzelnen Staaten Hand in Hand mit einem Mechanismus zur Risikominderung (*risk reduction*) gehen kann und muss. Solidarität und Verantwortung widersprechen sich nicht, sie ergänzen sich: Wer Krisen wirksam vorbeugen will, muss auch in der Lage sein, mit den richtigen Instrumenten die Auswirkungen der ernstesten Krisen, die sich trotzdem ereignen können, abzufedern.

Zuletzt das dritte Klischee: Hören wir doch endlich auf, die **französische Vision dem deutschen Pragmatismus** gegenüberzustellen. Um den Euroraum zu reformieren, müssen wir im Grunde von den tatsächlichen Anforderungen ausgehen, vor allem den Anforderungen der Unternehmen und der Unternehmer – damit befasse ich mich im zweiten Teil dieser Rede. Helmut Schmidt meinte bereits 1978: „Die Bürger Europas erwarten die Lösung konkreter Aufgaben.“ⁱⁱ Dennoch brauchen wir politische Ambitionen, um zu handeln. Wenn Sie wollen, können wir sie „Vision“ nennen. Wir brauchen diesen politischen Willen, um Fortschritte zu erzielen. Das Motto lautet, jetzt oder nie. Die Bedingungen waren selten so günstig: Wirtschaftsaufschwung, erste Vorschläge in der Sorbonne des französischen Staatspräsidenten Macron und europäisches Kapitel des Koalitionsvertrages in Deutschland – über den Rest werde ich natürlich keinen Kommentar abgeben. Wenn wir 2018 nicht handeln, zuerst die Franzosen und die Deutschen, dann die 19 Mitglieder der Währungsunion, werden wir nie vorankommen.

2. Wie können wir den Euroraum festigen? Drei neue Ideen

Jetzt komme ich zu meinen drei neuen Ideen zur Festigung des Euroraums. Um in Europa Fortschritte zu erzielen, müssen wir vom **tatsächlichen Investitionsbedarf der Unternehmen und den vorhandenen Ressourcen** ausgehen. Was den Bedarf betrifft, so ist die Innovation heute im Euroraum für das Wachstum wesentlich. Angela Merkel erinnerte vor drei Wochen in Davos daran. Besonders die bayerischen Unternehmen sind in dieser Hinsicht gut aufgestellt. Bayern setzt schon lange auf Innovation und hat seine Wirtschaft in fünfzig Jahren tiefgreifend verändert. Um jedoch innovativ zu sein, zum Beispiel im Bereich des digitalen Wandels oder der Energiewende, müssen Unternehmen höhere Risiken eingehen können. Dafür brauchen sie auf lange Sicht vor allem Eigenkapital- statt Fremdkapitalfinanzierung. In diesem Bereich hat der Euroraum einen beträchtlichen Rückstand. Auf Eigenkapital entfielen 2017 nur 73 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP). In den USA waren es 123 Prozent. Was die Ressourcen betrifft, sollten wir endlich die positiven Aspekte der oft schwierigen Debatte – über die hohen deutschen Überschüsse – unterstreichen: Der Euroraum verfügt über hohe Ersparnisse. Damit sich diese Ressourcen und Anforderungen treffen, habe ich eine „**Finanzierungsunion für Investitionen und Innovation**“ auf europäischer Ebene vorgeschlagen. Sie soll die überschüssigen Ersparnisse von 350 Milliarden Euro in den Dienst des Eigenkapitals und der Innovation, des digitalen Wandels und der Energiewende stellen. Diese Union muss die bestehenden Initiativen vereinen, allen voran die Kapitalmarktunion, aber auch die Bankenunion und den Juncker-Plan. Die Kapitalmarktunion erfordert konkrete Fortschritte in verschiedenen Bereichen: Überprüfung der Bilanzregeln, der Besteuerung und des Insolvenzrechts, um grenzüberschreitende Investitionen zu erleichtern, vor allem in Eigenkapital; Schaffung langfristiger gesamteuropäischer Sparprodukte. Im EZB-Rat, und mit meinem Kollegen, Präsident Jens Weidmann, bedauern wir sehr, dass die Kapitalmarktunion in den jetzigen politischen Diskussionen über einen gefestigten Euroraum vergessen wird.

Meine zweite Idee für Europa betrifft die **Qualität der Staatsausgaben**. Wir müssen von ihr ausgehen, um Investitionen und Zukunftsausgaben Vorrang einzuräumen. Bisher haben wir uns in erster Linie um die Quantität gesorgt. In diesem Zusammenhang erlaube ich mir eine Bemerkung zum Stabilitäts- und Wachstumspakt: Meines Erachtens wäre es sowohl gefährlich als auch illusorisch, die Regeln ändern zu wollen. Wir sollten sie lieber einhalten. Gleichzeitig müssen wir uns jedoch auch Fragen zur Qualität der Staatsausgaben stellen. Zur Steigerung des potenziellen Wachstums auf lange Sicht sind Investitionen und Zukunftsausgaben unentbehrlich, auch für Bildung und Ausbildung und selbstverständlich für neue Technologien. Das gilt für die nationalen Haushalte, aber wir könnten die Wirkung mit einem Investitionshaushalt des Euroraums verstärken. Dieser Etat würde zugunsten aller

Länder bestimmte gemeinsame Interessen finanzieren, etwa die Digitalisierung, die Energiewende, die Sicherheit und den Schutz der Außengrenzen.

Schließlich kommen wir zu meiner dritten Idee, die auf einer Frage fußt: Wie gehen wir die **Stabilisierung** an? Anders gesagt, wie wollen wir Schocks mildern, die einige nationale Volkswirtschaften plötzlich bedrohen? Die Teilung des privaten Risikos über die Kapitalmarkt- und die Finanzierungsunion, die ich bereits erwähnt habe, löst nur einen Teil des Problems. In den USA ist der Börsenmarkt in der Lage, rund 40 Prozent einer Krise in einem Bundesstaat abzufangen. Aber das genügt nicht. Wir müssen unbedingt weiter gehen. Sonst wird die Geldpolitik bei der nächsten Rezession überstrapaziert, was gefährlich wäre: *Monetary policy should not be the only game in town*. Deshalb brauchen wir im Euroraum eine bessere Koordination der Wirtschaftspolitik der einzelnen Mitgliedstaaten. Die Wirtschaftspolitik bleibt vor allem national, dennoch könnten wir eine bessere gemeinsame Wirtschaftsstrategie anstreben, mit mehr Reformen in den Ländern, in denen sie erforderlich sind, und mit einer verstärkten Haushalts- oder Lohnunterstützung in den Ländern, die über einen gewissen Spielraum verfügen. Diese gemeinsame Strategie könnte durch die Festigung des europäischen Stabilitätsmechanismus als Europäischer Währungsfonds ergänzt werden. Voraussetzung ist, dass zu dessen Aufgaben auch die Krisenvorbeugung gehört und das Governance-System geändert wird. Sonst wäre es nur eine neue Fassade.

**

Abschließend möchte ich einen weiteren Grund nennen, warum 2018 das Jahr Europas sein muss: unser externes Umfeld, mit dem baldigen Brexit und der Präsidentschaft von Donald Trump in den USA. Angesichts der Herausforderungen der Globalisierung vermittelt Europa eine zweifache und wesentliche Botschaft. Erstens kombiniert unser gemeinsames Sozialmodell – die Soziale Marktwirtschaft – hohe staatliche Leistungen, relativ schwache Ungleichheiten und einen wirksamen sozialen Dialog. Sie ist die richtige Antwort auf die wieder aufflammende Debatte über die sozialen Ungleichheiten. Zudem ist unser Engagement zugunsten des Multilateralismus im Hinblick auf die Versuchung des Protektionismus wesentlich. Wir müssen mit Kanada und einigen asiatischen Partnern die multilateralen Regeln und Institutionen, die von allen anerkannt werden, resolut verteidigen. Die Welt braucht heute ein stärkeres Europa. Wir Europäer müssen also jetzt unser Schicksal in unsere eigene Hand nehmen.

ⁱ Rede von Theo Waigel zur Dritten Stufe der Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, 23. April 1998.

ⁱⁱ Rede von Helmut Schmidt über die Ergebnisse des Europäischen Rates in Brüssel, 21. Dezember 1978.